



# BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

## → TOP-ISSUES

### GUTACHTEN DES BUNDESTAGES ZUR KLAGE GROSSBRITANNIENS GEGEN DIE FTT

Die Unterabteilung Europa des Bundestages hat ein Gutachten zu Fragen der Klage des Vereinigten Königreichs gegen den Ratsbeschluss 2013/52/EU über die Ermächtigung zu einer Verstärkten Zusammenarbeit (VZ) im Bereich der Finanztransaktionssteuer ausgearbeitet. Dabei geht das Gutachten auf die wesentlichen Klagegründe sowie ihre Zulässigkeit und Begründetheit ein und bewertet dabei die Erfolgsaussichten einer beschränkt zulässigen sowie einer umfassend zulässigen Klage. Beklagter ist der Rat der Europäischen Union. Wir haben hierzu bereits im BID Steuerpolitik 2013.18 berichtet.

#### Hintergrund der Klage

Großbritannien hat gemeinsam mit Nordirland am 18.04.2013 gemäß Art. 263 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (im Folgenden: AEUV) vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen den Beschluss 2013/52/EU1 vom 22.01.2013 des Rates über die Ermächtigung zu einer Verstärkten Zusammenarbeit (VZ) im Bereich der Finanztransaktionssteuer (Financial Transaction Tax, FTT) Klage erhoben. Am 14.02.2013 wurde ein neuer Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Umsetzung einer VZ im Bereich der FTT angenommen, im Folgenden KOM(2013) 71. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

### BERICHT DER EU-KOMMISSION ZU „STEUERREFORMEN IN DEN EU-MITGLIEDSTAATEN“ VERÖFFENTLICHT

Vergangene Woche wurde der jährliche Bericht zu den Steuerreformen in den EU-Mitgliedstaaten von der EU-Kommission veröffentlicht. In diesem Bericht werden aktuelle Steuerreformen der EU-Mitgliedstaaten aus den letzten ein- einhalb Jahren beschrieben und im Hinblick auf makroökonomische Aspekte wie Wachstum, Beschäftigung und fiskalische Nachhaltigkeit analysiert. Unter anderem werden die Themenbereiche Steuernachlässe, Mehrwertsteuerbe- messungsgrundlagen sowie Verzerrungen bei den Finanzierungsformen in der Unternehmensbesteuerung hervorgehoben. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

## EDITORIAL

Liebe Leser,

die Sondierungsgespräche mit den Grünen werden vorerst keine Früchte tragen. Gleichwohl waren Union und Grüne gegenseitig voll des Lobes und schließen eine Koalition für die Zukunft nicht mehr aus. So werden die Gespräche mit der SPD fortgesetzt. Am Wochenende wird ein Parteikonvent der SPD entscheiden, ob es zu Koalitionsverhandlungen kommen wird. Die Ergebnisse sind allerdings nicht absehbar, gibt es doch nach wie vor erhebliche Differenzen.

National macht die Steuerpolitik daher zurzeit keine großen Sprünge. Die internationalen steuerpolitischen Themen – insbesondere die Finanztransaktionssteuer und die (legale) Steuervermeidung/BEPS entwickeln sich jedoch stetig weiter, auch im Inland. So hat der Bundestag ein Gutachten herausgegeben, das die Klage Großbritanniens zur Finanztransaktionssteuer einer Prüfung unterzieht. Die OECD hat zur Vorbereitung einer öffentlichen Konsultation, die im Zusammenhang mit dem Action Plan zu BEPS steht, ein Memorandum zur Dokumentation von Verrechnungspreisen und Country-by-Country Reporting veröffentlicht. Überdies haben wir Ihnen einen Bericht der Kommission zu den Steuerreformen der Mitgliedstaaten in den letzten eineinhalb Jahren zusammengefasst.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.  
Managing Director FinTax policy advice

## PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

## CONTENT

### → TOP-ISSUES ..... 1 – 9

Gutachten des Bundestages zur Klage Großbritanniens gegen die FTT

Bericht der EU-Kommission zu „Steuerreformen in den EU-Mitgliedstaaten“ veröffentlicht

OECD veröffentlicht Memorandum zur Dokumentation von Verrechnungspreisen und Country-by-Country-Reporting

Neues Abkommen mit Luxemburg am 30.09.2013 in Kraft getreten und ab 01.01.2014 anwendbar

BFH: Buchwerteinbringung – Keine Sperrfristverletzung i. S. v. § 6 Abs. 5 S. 4 EStG im Falle einer Ein-Mann-GmbH & Co. KG

### → OUTGOING ..... 10

vom 11.10. bis 18.10.2013

Kein steuerpolitisch relevantes Ergebnis

### → BFH-ENTSCHEIDUNGEN ..... 11

vom 16.10.2013

### → BMF-SCHREIBEN ..... 12

vom 10.10. bis 16.10.2013

### → STATUS ..... 13 – 18

vom 18.10.2013

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

... sowie weitere Gesetze

### → UPCOMING ..... 19 – 20

vom 18.10. bis 25.10.2013

**Bundestag:** 1. Sitzung mit der Amtsübernahme durch den Präsidenten

**Bundesrat:** 898. Sitzung des Finanzausschusses u. a. zum Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2011 bis 2014

**Stakeholder:** Deutscher Steuerberatertag 2013

## OECD VERÖFFENTLICHT MEMORANDUM ZUR DOKUMENTATION VON VERRECHNUNGSPREISEN UND COUNTRY-BY-COUNTRY-REPORTING

Punkt 13 im Aktionsplan der OECD (Re-examine transfer pricing documentation) sieht vor, dass die OECD Anforderungen für eine Berichterstattung der Steuerzahler zu ihren Einnahmen (global allocation of the income), zu den gezahlten Steuern (taxes paid) sowie Auskunft zur wirtschaftlichen Tätigkeit (economic activity) entwickelt. (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 7](#)

---

## NEUES ABKOMMEN MIT LUXEMBURG AM 30.09.2013 IN KRAFT GETRETEN UND AB 01.01.2014 ANWENDBAR

Das neue Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Luxemburg ist mit Austausch der Ratifikationsurkunden am 30.09.2013 in Kraft getreten. (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 8](#)

---

## BFH: BUCHWERTEINBRINGUNG – KEINE SPERRFRISTVERLETZUNG I. S. V. § 6 ABS. 5 S. 4 ESTG IM FALLE EINER EIN-MANN-GMBH & CO. KG

Im Urteilsfall übertrug die Klägerin, eine GmbH, im Streitjahr 2001 ein Grundstück aus ihrem Betriebsvermögen gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten in das Gesamthandsvermögen einer GmbH & Co. KG, an deren Vermögen sie zu 100 % beteiligt war. Die Klägerin behandelte dies nach § 6 Abs. 5 S. 3 Nr. 1 EStG als steuerneutrale Übertragung. Eine Ergänzungsbilanz wurde nicht erstellt. Da das Grundstück später aber innerhalb der dreijährigen Sperrfrist des § 6 Abs. 5 S. 4 EStG weiterveräußert wurde, nahm das Finanzamt rückwirkend auf den Übertragungszeitpunkt eine Übertragung zum Teilwert an. Nach Auffassung der Finanzverwaltung ist in einer solchen Fallgestaltung, selbst bei Erstellung einer Ergänzungsbilanz, stets rückwirkend der Teilwert anzusetzen (R 6.15 EStR sowie BMF vom 08.12.2011, Tz. 26). (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 8](#)

---

### DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

[www.fintax-pa.de](http://www.fintax-pa.de)

→ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN [mail@bid.ag](mailto:mail@bid.ag)



**PROBEABONNEMENT**

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- **VERKEHRSPOLITIK**
- **SICHERHEITSPOLITIK**
- .....

Unternehmen/Institution \_\_\_\_\_

Ansprechpartner \_\_\_\_\_

Funktion \_\_\_\_\_

Telefonnummer \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll) \_\_\_\_\_

**PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE**

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere.

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.bid.ag](http://www.bid.ag)

**REDAKTION**

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

**Dr. Sandra Busch-Janser**  
[sbj@bid.ag](mailto:sbj@bid.ag), 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

**für Energiepolitik:**  
Moritz Hunger, [mh@bid.ag](mailto:mh@bid.ag), -26

**für Gesundheitspolitik:**  
Roberta Wendt, [rw@bid.ag](mailto:rw@bid.ag), -27

**für Netzpolitik:**  
Aylin Ünal, [au@bid.ag](mailto:au@bid.ag), -25

**für Steuerpolitik:**  
Dr. Tanja Wiebe, [tw@bid.ag](mailto:tw@bid.ag), -20

**IMPRINT**

Herausgeber: polisphere e.V.  
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin  
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

[berlin@polisphere.eu](mailto:berlin@polisphere.eu)  
[www.polisphere.eu](http://www.polisphere.eu)